



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

α.: Aus Schwaben.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

dem Wiener Hofburgtheater. An dieses kehrt sie jetzt, nach kurzer Zurückgezogenheit ins Privatleben, zurück. Ihre Stärke ist heute, wie ehemals, trotz der dazwischen liegenden Jahre, die Ingenuité. Sie debutirte diesmal mit dem sehr zweifelhaften Frauencharakter der Heldin in Feuillet's „Sphinx“, in welcher Partie sie auf die Berliner geradezu befremdend wirkte. Erst mit jener vielbewunderten Rolle der reizenden Unschuld in Sardou's „Alte Junggesellen“ gewann sie mit Einem Schlage wieder alle Herzen und seitdem hat sie fast allabendlich einem dichtgedrängten Auditorium den schönsten Genuß geboten.

X. X.

### Aus Schwaben.

Nicht länger als eine Woche war unsere Ständekammer versammelt, als ihre Vertagung bis zum 27. April erfolgte. Aber schon dieser kurze, hauptsächlich durch Präsidenten- und Commissionswahlen ausgefüllte Zeitraum war nicht ohne politisches Interesse. Vor allem fiel die Geschlossenheit auf, mit welcher zum ersten Mal sämtliche übrigen Fractionen des Hauses gegenüber der ca. 14 Mann starken Volkspartei auftraten. Der Abgeordnete Desterlen, welcher jetzt mit dem clerikalen Obertribunalrath Streich sich in die Führung dieser Partei theilt, hatte nun Gelegenheit, an die Hinfälligkeit der irdischen Dinge recht lebhaft erinnert zu werden. Welcher Gegensatz zwischen heute und den Dezembertagen des Jahres 1867, als man Arm in Arm mit den machthabenden Ministern, Angesichts der soeben stattgehabten Besuche des französischen und österreichischen Imperators mit siegesreicher Zuversicht das damals auch nur ca. 14 Köpfe zählende Häuflein der nationalen Parteigänger von oben herab behandeln zu dürfen glaubte, wie war man damals — wir erinnern nur an die Justizcommission — mit dem hervorragendsten Führer der deutschen Partei umgegangen! Und doch mit welchen ganz andern geistigen Kräften trat damals die deutsche Partei in die Arena! Kaum läßt sich ein unglücklicheres Debut denken, als dasjenige, mit welchem soeben die Herren Desterlen und Streich an der Spitze der neu constituirten Linken ihre Thätigkeit begannen. Sie behaupteten nämlich, als bei der geheimen Präsidentenwahl etliche 14 leere Stimmzettel sich in der Wahlurne vorgefunden, daß diese Stimmzettel von ihnen und ihren Freunden herrühren und nahmen das Recht in Anspruch, für diese anonymen Zettel eine nicht anonyme motivirte Erklärung über angeblich nicht genügende Berücksichtigung der Minorität bei den Commissionswahlen abgeben zu dürfen. Gewiß ein Unicum für jeden, der sich den Begriff einer geheimen Abstimmung einigermaßen klar zu machen

sucht! Daß unter jenen 14 Köpfen der neuen Linken 10 Vertreter ultramontaner Wahlbezirke sind, beweist am besten die Richtigkeit unserer früheren Behauptung, daß die sogenannte deutsche Volkspartei nur noch ein unselbständiges Anhängsel der clerikalen Partei ist.

In wie weit jenes bisher ungewohnte Zusammengehen aller übrigen Fractionen dem in unserem letzten Artikel signalisirten Eingreifen einer neuen leitenden Persönlichkeit zuzuschreiben ist, wagen wir heute noch nicht mit voller Bestimmtheit zu sagen: nur so viel ist gewiß, daß unsere kirchlichen Verhältnisse in den letzten Tagen, offenbar unter dem Zusammenwirken derselben Umstände einen sichtlichen Fortschritt gemacht haben. Während die Aufregung in den protestantischen Kreisen — genährt durch die Stuttgarter Localpresse — wächst, ermannt sich auch sichtlich die Regierung. Sonderbar erscheint dabei freilich immer die parallel laufende Thätigkeit des Staatsministers und Consistorialpräsidenten von Goltzer auf der einen und des Ministeriums auf der andern Seite. Ersterer hat so eben sich bewogen gefunden, in einem vertraulichen Schreiben an sämtliche protestantischen Decane des Landes seine persönliche Stellung als Consistorialpräsident zu den neuesten Bestrebungen für katholische Klosterzwecke zu rechtfertigen und zu entschuldigen; wie wir glauben, ohne Erfolg. Unerklärlich bleibt es immer, warum das Ministerium, wenn es, wie uns versichert wird, das Vorgehen des Herrn von Goltzer mißbilligt, dem Letzteren dennoch gestattet, den weltlichen Bezirksbeamten wie den Decanaten Weisungen zu ertheilen, welche der Politik des Ministeriums direct widerstreiten, und überdies einen ganz unstatthaften Gewissenszwang gegenüber diesen protestantischen Bezirksbeamten involviren, deren Ansehen und amtliche Stellung nicht gehoben wird, wenn sie die Aufrufe des Herrn von Goltzer zu Gunsten des mehrerwähnten katholischen Frauenklosters in amtlicher Eigenschaft in ihren Amtsblättern publiciren und dadurch dem Unternehmen des Consistorialpräsidenten auf die Beine helfen sollen.

Auf der andern Seite haben die Bestrebungen für die Einführung der katholischen Schulschwestern in den letzten Tagen zu einer sehr interessanten officiösen Publication des jetzigen Cultusministeriums geführt. Unser Kirchengesetz bestimmt nämlich in Art. 15, daß geistliche Congregationen und Orden vom Bischof und mit „ausdrücklicher Genehmigung“ der Staatsregierung im Königreich eingeführt werden können.

Damit sollte gerade eine bloß factische Einführung solcher Orden ohne ausdrückliche, publicirte Erklärung der Staatsregierung, wie sie bis jetzt nun bezüglich der barmherzigen Schwestern erfolgt ist — ausgeschlossen sein, weil man eben den Schlichen und Irrwegen unserer Clerikalen nicht traute. Wie groß war daher das allgemeine Erstaunen, als neulich der Staatsanzeiger in

dem erwähnten officiösen Entrefilet erklärte, die Voraussetzung, von welcher der Oberbürgermeister von Stuttgart (s. unseren letzten Bericht in Nr. 13) in der Sitzung des dortigen Gemeinderaths ausgegangen sei, daß die — schon seit Jahren in Württemberg eingeführte — Congregation der Franziskanerinnen überhaupt die staatliche Genehmigung in Württemberg erhalten habe — „sei eine irrige; vielmehr habe diese, wie einige andere seit Jahren im Lande bestehenden weiblichen Congregationen für Krankenpflege, Unterricht und Erziehung, bei welchen, die dem Art. 15 des Kirchengesetzes von 1862 entsprechende Regelung ihrer kirchenstaatsrechtlichen Verhältnisse aus hier nicht näher zu erörternden Gründen noch nicht stattgefunden habe, ebendeshalb dormalen bloß einen factischen Bestand im Lande.“

Diese Enthüllung spricht für sich selbst, sie enthält die schneidendste Charakteristik der bisherigen Politik des Friedens, und beweist, wie diese von dem früheren Ministerium Goltzer inaugurierte Politik das geltende Staatskirchenrecht zu handhaben mußte. Um so bezeichnender, weil einen Umschwung in der Regierungspolitik andeutend, ist daher die Thatsache, daß das Ministerium selbst diese Umstände ans Tageslicht gezogen hat. \*) Daher auch die sichtliche Bestürzung in der ganzen klerikalen Presse, welche die Tragweite dieses ersten Bruchs mit der Vergangenheit sofort erkannt hat. Schreitet das Ministerium auf der so eben betretenen Bahn, welche wir in unserer letzten Correspondenz durch eine Beleuchtung der Situation der leitenden Persönlichkeiten — genügend angedeutet haben, auch fernerhin weiter, so zweifeln wir nicht, daß dieß in kurzer Zeit zu der so längst ersehnten Klärung unserer Parteiverhältnisse führen wird. Seit vier Jahren und wieder in diesem Augenblick laborirt die nationale Partei an der Wiederbelebung ihrer Organisation. Wir haben die Gründe dieses Zerfalls schon früher erörtert, sie sind, abgesehen von der beruhigenden Wirkung des endlichen Besizes lang erstrebter Errungenschaften, theilweise in dem gefährlichen Einwirken der Residenzeinflüsse auf jede selbständige Parteibildung unter den jetzigen Verhältnissen, vor Allem aber in dem großen taktischen Fehler zu suchen, welchen die nationale Partei im Dezember 1870 durch ihre Wortführer im Landtage beging, indem sie sich so zu sagen auf einen persönlichen Friedensschluß mit den Männern der zollparlamentlichen Aera einließ.

Das Land, noch in frischer Erregung über die eben durchgemachten, mit persönlichen Verfolgungen aller Art verknüpften Kämpfe, konnte sich die plötzliche Ausföhnung nicht erklären. Nicht im Stande, die in Stuttgart im persönlichen Verkehr einzelner Führer sich geltend machenden Einflüsse richtig zu würdigen, suchte es häufig schlimme Motive, wo in der That nur der

\*) Nach dem neuesten Telegramm.

Wunsch, zu einem befriedigenden Abschluß der politischen Thätigkeit zu gelangen, leitend war. So entwickelte sich unwillkürlich ein Gegensatz zwischen dem rücksichtsloseren, durch den Kampf mit clerikalen Gegnern auf dem Land verschärften Vorgehen der Parteigenossen der ländlichen Bezirke und dem ruhigeren, den Verhältnissen mehr Rechnung tragenden Tempo der Parteiführer in Stuttgart, welche letztere häufig in die Lage kamen, Engagements, welche sie ihrerseits eingegangen, auswärts nicht honorirt zu sehen. Es läßt sich nicht verkennen, hätten wir im Dezember 1870 ein neues nationales Ministerium, wenn auch aus Elementen der rechten Seite, hätten wir damals ein Württembergisches Ministerium Hohenlohe erhalten, so hätten wir jetzt dasjenige gesunde Parteileben, nach welchem man immer vergebens trachtet, weil man sich der Sachlage nicht klar ist. Man blicke auf Baden, auf Bayern. Vergebens sucht man dort eine selbständige nationale Partei im Gegensatz zu der Partei des am Ruder befindlichen Ministeriums; im Landtag wie im Reichstag besteht dort ein natürliches Wechselverhältniß zu einer Regierung, in welche Nationalliberale und Fortschritt — innerhalb Landes ungetheilt — dasselbe Vertrauen setzen und sie im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner unterstützen. In unserem Landtag dagegen existirt ein selbständiger „Regierungsklub“ von annähernd gleicher Stärke wie die nationale Partei, ersterer die Anhänger des Ministeriums à tout prix, letztere die Politik der freien Hand repräsentirend und deshalb den Gegnern den Vorwurf nahe legend, daß sie ihre Dienste dem Ministerium besonders werthvoll machen wollen. Der einzige denkbare Grund für die Forterhaltung dieses aller sachlichen Differenzen ermangelnden Parteigegensatzes besteht doch wohl im jetzigen Augenblick nur in einem thatsächlichen, wenn auch von den Stuttgarter Führern geläugneten Mißtrauen gegen das Ministerium, in dem Zweifel, ob dasselbe mit der Vergangenheit wirklich gebrochen, ob ihm nicht ein Rückfall in frühere Velleitäten zuzutrauen sei. Und dieses Mißtrauen fand bisher seine hauptsächlichste Stütze in der zweifelhaften Haltung der Regierung gegenüber den clerikalen Bestrebungen. Gelingt es, auch Württemberg in den gemeinsamen Kampf hineinzuziehen, welcher das deutsche Reich bewegt, gelingt es, jede Brücke zu dem römischen Gegner abzubreaken, so sehen wir in der That keinen vernünftigen Grund ein, weshalb die nationale Partei in Württemberg sich auch fernerhin als eine selbständige von den Regierungsanhängern verschiedene Partei behaupten soll. Denn der Umstand, daß die letzteren seither mit jeder Regierung ohne Unterschied „durch Dick und Dünn“, wie der Schwabe sagt, gegangen sind, macht sie nur zu einem um so brauchbareren Anhängsel einer spontanen Regierungspartei, während andererseits Männermuth und Selbständigkeit des Charakters nimmermehr geeignet sind, für sich ein Parteiprogramm zu bilden. Sollte dieses letztere Ingrediens in der Gesamtheit unserer bisherigen nationalen Partei des

Landtags stärker vertreten sein, als im „Regierungsclub“ so wird gewiß die Auffrischung nur wohlthätig auf den Letzteren einwirken.

Wir glauben damit den engen Zusammenhang der kirchenpolitischen Frage, wie wir sie früher skizzirt, mit der nationalen Parteipolitik innerhalb Landes klar dargethan zu haben. — Inzwischen hat auch der Bischof von Hefele sich in den letzten Tagen wieder etwas bemerklich gemacht. Derselbe hat nämlich, als ihm Herr von Loë in Mainz die bekannte Papstadresse mit dem Ersuchen um deren amtliche Verbreitung in der Diöcese zusandte, erwidert: „daß das bischöfliche Ordinariat sich mit der Versendung der bewußten Adressformulare an die katholischen Gemeinden des Landes aus verschiedenen Gründen nicht befassen könne, namentlich auch darum nicht, weil wir unsererseits durchaus nicht sagen können, unsere weltliche Regierung habe ihre gegen die Kirche ergriffenen Maßregeln neuerdings noch vermehrt.“

Dennoch hatte die von Mainz aus direct mit der Colportage der Adresse betraute Redaction des Anzeigers vom Jpf die Billigung der Adresse durch den Bischof behauptet, worauf derselbe in officiöser Weise die eben ausgehobene Stelle seines Briefs an Herrn von Loë, — welche sich allerdings nur auf die amtliche Verbreitung bezieht — im deutschen Volksblatt publiciren ließ.

Sachlich ist diese Erklärung des Bischofs so bedeutungslos, wie das Organ, in welchem sie erfolgte. Die Curie hat allen Grund, mit der Haltung des Herrn v. Hefele, auch wenn er die Papstadresse nicht selbst verbreitet, zufrieden zu sein. Thatsächlich wird ja längst die ganze Diöcese von Mainz aus regiert — die wenigen noch vorhandenen Geistlichen der alten Schule sind durch ein sorgfältig organisirtes Denunciationsystem in ihrem Einfluß völlig paralytirt —; Herr v. Hefele aber sichert gerade, indem er der Regierung jeden Anlaß zu einem Conflict von sich aus zu entwinden sucht, der Partei des Herrn v. Ketteler ihre unbedingte Herrschaft über Kirche und Schule in Württemberg. So lange Herr v. Hefele auf das thatsächliche Regiment seines Mainzer Collegen im eigenen Hause nicht eifersüchtig wird, gönnt ihm die Curie gern ein ruhiges Stillleben bis ans Ende seiner Tage. Ganz so verhält es sich auch mit dem Preßorgan des Herrn v. Hefele, dem soeben wieder erstandenen deutschen Volksblatt. Das katholische Volk liest ganz andere Blätter als das Organ des Rottenburger Bischofs: ja letzteres ist als Volkslectüre vom Clerus geradezu verpönt, aber um so werthvoller ist seine Existenz zur Irreleitung der mit der katholischen Bewegung weniger vertrauten protestantischen Kreise der Residenz: es täuscht objectiv über den wahren Zustand der Dinge, und ist damit das passende Pendant des Herrn v. Hefele selbst.

a.